

# Hamburger Echo

Nr. 160.

Sonnabend, den 5. April 1919. — Abend-Ausgabe.

33. Jahrgang.

## Boden- und Wohnungspolitik im neuen Hamburg.

Die Kommunalpolitik war in Hamburg vor der Revolution in der Hauptsache nach den Interessen der Grund- und Hausbesitzer eingerichtet. Wenn daneben auch Großhandel und Industrie gewissen Einfluß hatten, so lag doch das Hauptgewicht bei den Grundbesitzern. Wie in allen Großstädten, so hat auch in Hamburg hauptsächlich die in der Mitte wohnende Bevölkerung unter diesem Eigentümer-Einflusse zu leiden. Die Wohnverhältnisse sind, trotz der unter dem Druck des Reiches erfolgten Sanierung, vielfach schlechter als in der zurückgebliebenen ländlichen Gegend. Dort hat die Bevölkerung wenigstens noch Zeit und Lust, was in manchen Gegenden Hamburgs nicht der Fall ist. In tausende von Hamburger Wohnungen bringt das ganze Jahr kein Sonnenlicht! Die größte und reichste Wohnstadt Deutschlands hat Zustände im Wohnungswesen, die aller Beschreibung spotten. Selbst diese als Wohnung bezeichneten Löcher sind für teures Geld kaum noch zu bekommen, weil während des Krieges die Bautätigkeit stillgelegt wurde.

Nun hat die Revolution mit der Grundbesitzerherrschaft in der Gesetzgebung Hamburgs aufgeräumt. Die neuerrichtete Bürgererschaft hat eine Mehrheit erhalten, von der man erwarten muß, daß sie dieser Privilegiertenherrschaft für immer ein Ende macht. Da ist es gut, einmal zu untersuchen, wo die Wurzel des Übels in der Wohnungstrage liegt und wie sie am sichersten und gründlichsten beseitigt werden kann.

Das geltende Bodenrecht, das es dem zufälligen Besitzer überläßt, darüber zu entscheiden, ob der Boden bebaut werden soll oder nicht, das ihm das unbeschränkte Verfügungsrecht über den Boden läßt, ist die Hauptursache, daneben die rückständige Steuererhebung, die zwar den Grund besitz, aber keinen Unterhalt zwischen bebautem und unbebautem Boden macht, die nicht den wahren Bodenwert, sondern den Nutzungswert als Grundlage nimmt. Dies bedeutet geradezu eine Prämie dafür, den Boden recht lange der Bewahrung zu entziehen und mit ihm Spekulation zu treiben. Das Eigentumsrecht vom Boden muß einer grundlegenden Reform unterzogen werden. Der Boden muß wieder unter alles deutsches Recht gestellt werden, das heißt: das Eigentumsrecht am Boden gehört nicht dem einzelnen, sondern der Allgemeinheit. Vor allen Dingen muß der Handel mit dem Boden vollständig unterbunden werden. Der Boden ist keine Ware im Sinne der Dinge, die man allgemein unter Ware versteht. Kann schon das freie Spiel der Kräfte auf anderen Gebieten Unheil anrichten, so muß es beim Handel mit Boden unermesslichen Schaden verursachen. Bei jeder Ware richtet sich, sowohl der Preis wie auch die Produktion, nach dem Bedürfnis. Wird eine Ware nicht gebraucht, dann steigt ihr Preis, der vermehrte Verdienst ruft zu vermehrter Erzeugung an, oder aus Gegenstand mit niedrigerem Preis wird die Ware nach Osten mit höherem verkauft; durch diese Steigerung des Angebots wird der Preis wieder auf normale Höhe herabgedrückt. Es zwingt eine Wechselwirkung, die den Käufer mit der Ware auf die Dauer ausschließt. Anders ist es beim Boden; der Boden ist nur einmal vorhanden; seine Technik, seine Chemie ist imstande, ihn herzustellen; keiner ist imstande, ihn nach Osten mit höherem Preis oder gesteigerter Nachfrage zu veräußern. Der Boden hat von Natur Monopolcharakter, eine Konkurrenz ist unmöglich; es gibt kein Mittel, auf den Bodenpreis regulierend einzuwirken. Es muß deshalb verlangt werden, daß der Boden aus dem jetzt geltenden Eigentums- und Warenrecht herausgenommen wird und unter ein Recht kommt, das seine Verwendung im Interesse der Allgemeinheit gewährleistet. Um dies zu erreichen, hat der Staat sich das Vorkaufsrecht bei jedem in Besitzwechsel zu sichern und auszuüben oder dies Recht anderen im Interesse der Allgemeinheit tätigen Gesellschaften oder Genossenschaften zu übertragen. Er hat danach zu streben, daß möglichst große Flächen des Bodens Staatsbesitz und damit Eigentum der Allgemeinheit werden. Es ist selbstverständlich, daß jeder Verkauf von Staatsgrund an Private von jetzt ab verhindert werden muß. Niemand hat das Recht, auch eine Regierung nicht, denn sie ist nur Verwalter für das Volk, Eigentum der Allgemeinheit an einen einzelnen zu verkaufen und so der Allgemeinheit den Einfluß darauf zu entziehen. Es darf nicht vorzukommen, daß wie nach hier in Hamburg in allerneuester Zeit, Staatsgrund zum Verkauf angeboten wird; man ist versucht, zu glauben, daß die alten Maßstäbe noch in letzter Stunde recht viel Staatsgrund bei Spekulationen überliefern wollten. Staatsgrund darf nur in Pacht, Erbpacht oder Erbbaurecht abgegeben werden, damit der Staat stets dem Boden mit dem Eigentum des Bodens zum Nachteil der Allgemeinheit entgegengetreten kann. Wird der

Boden nicht mehr oder nicht genügend ausgenutzt, so muß der Staat das Recht haben, ihn zurückzunehmen und einem anderen zur Ausnutzung zu übertragen. Bei der Übernahme des Bodens durch den Staat ist nicht der heutige Preis zu berechnen, da dieser zum größten Teil Spekulationspreis, der aus der Art des Bodens und der Arbeit und den Lasten der Allgemeinheit entstanden ist.

Die Vorkaufung in Hamburg ist ganz den Interessen der Grundbesitzer angepaßt. Lediglich können vier bis fünfstöckige Häuser gebaut werden und keinem wird es einfallen, auf einem Grundstück ein Einfamilienhaus zu bauen, wenn ihm gestattet ist, den Grund bis zwanzigmal so stark auszunutzen. Der Einwand, der hohe Bodenpreis mache eine andere Wohnbauart unrentabel, ist nicht stichhaltig, er verdeckt lediglich Ursache und Wirkung. Der hohe Bodenpreis entsteht erst dadurch, daß der Boden in dieser Weise ausgenutzt werden kann. Würde die Vorkaufung vorschreiben, daß nur Flachbauten zulässig sind und bei jedem Haus ein bestimmter großer Ausgarten sein muß, dann würde der Preis des Bodens nicht eine derartige Höhe erreichen, wie es heute der Fall ist. Käufer sowohl wie Verkäufer rechnen sich nämlich aus, wieviel der Boden, bei äußerster Ausnutzung nach der geltenden Vorkaufung, einbringen kann, und danach wird der Preis bemessen. Ist nun keine Aussicht vorhanden, jemals einen höheren Preis infolge stärkerer Ausnutzung zu erzielen, dann wird auch der Boden nicht zurückgehalten werden.

Um einer Zurückhaltung des Bodens wirksam entgegenzutreten zu können, müßte die Grundsteuer geändert werden, daß eine Staffelung eingeführt wird, so daß der unbebaute Boden stärker herangezogen wird, als der bebaut; der unbebaute Boden nochmals bestrafen, damit derjenige an barem Geld Strafen um stärker bebaut wird als der übrige. Auch müßte diese Steuer nicht vom Nutzungswert, sondern vom realen Bodenwert erhoben werden, so daß jemand, der seinen Boden brachliegen läßt oder ihn billig als Ackerfeldland wegribt, nicht jagen kann, er habe keinen oder nur wenig Nutzen von dem Boden, um so von der Steuer verschont zu bleiben. Bei der Berechnung der Steuer nach dem Nutzungswert haben nämlich gerade diejenigen Grundbesitzer, die den Boden zurückhalten, um höhere Preise zu erzielen, und ihn deshalb brachliegen lassen, noch den Vorteil, daß sie für den Boden keine oder nur sehr wenig Steuern zu zahlen haben, weil sie von ihm ja keinen Nutzen haben, der Nutzungswert also nur gering ist, während derjenige, der den Boden bebaut, ihn also ausnützt, dafür eigentlich durch die Steuer bestraft wird. Verlechte Welt!

Alle Wertsteigerung des Bodens, die nicht durch eigene Arbeit und Anbringung von Verbesserungen herbeigeführt, müßte vom Staat möglichst ganz wegsteuerbar werden. Diese Wertsteigerung kann nur entstehen durch Ausdehnung des Stadtgebietes, Anlage neuer Straßenzüge, Verbesserung der Verkehrswege, Kanalisation, Sinterung von Gas, Wasser und Elektrizität usw., alles Werte, die von der Arbeit und den Lasten der Allgemeinheit erzeugt sind. Ist aber die Wertsteigerung durch die Arbeit und Lasten der Allgemeinheit entstanden, dann ist es nur recht, wenn sie der Allgemeinheit zugute kommt.

In Anbetracht der immer mehr steigenden Not in unserem Wohnungswesen ist es notwendig, daß sich bereits die jetzt gewählte bürgerliche Bürgererschaft mit dieser Sache befaßt. Sie darf nicht so lange hinausgeschoben werden, bis nach Fertigstellung der Verfassung eine neue Bürgererschaft gewählt ist. Den jetzigen Grundbesitzern darf nicht länger Gelegenheit gegeben werden, noch in letzter Stunde aus der Not des Volkes und den Beschränkungen weiterer Bevölkerungszunahme nach besseren Wohnungsverhältnissen für sich Nutzen zu ziehen. Unverantwortlich aber ist es, wenn nach jetzt Staatsgrund veräußert und Privatgut zur Ausbeutung übergeben wird. Wenn es nicht anders geht, müssen die notwendigen Bestimmungen in dieser Richtung durch Rotgesetz festgelegt werden. Möge die sozialdemokratische Fraktion in der Bürgererschaft in diesem Sinne wirken, dann ist der Zweck dieser Zeilen erfüllt.

## Die Süddeutschen Regierungen gegen den Verfassungsausschuß.

W.D. Stuttgart, 5. April. Die am 20. März in Stuttgart verammelten Vertreter der Regierungen Bayerns, Württembergs, Badens und Hessens befaßten sich mit den Beschlüssen des Verfassungsausschusses der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung über das Verhältnis des Reiches zu den Gliedstaaten. Sie sahen in diesen Beschlüssen, soweit sie von der Regierungsvorlage abwichen, eine Unterbrechung des Einheitsgedankens und eine ernste Gefahr für die Erhaltung des Eigenlebens der Gliedstaaten. Die Beschlüsse sind in der Notwendigkeit, eine starke Reichsgewalt zu

schaffen, in keiner Weise begründet. Sie sind vielmehr geeignet, dieselbe zu untergraben, da sie die Kraft der Gliedstaaten, aus denen das Reich besteht, schwächen und die fruchtbare Mitarbeit am Wiederaufbau des Reiches lähmen. Aus diesen Gründen müssen die unterzeichneten Regierungen fordern, daß zum mindesten in den folgenden Punkten die Beschlüsse des Verfassungsausschusses geändert werden:

1. Die Erweiterung der Zuständigkeiten des Reiches darf nur auf dem Wege der Verfassungsänderung erfolgen. Der Absatz 1 Artikel 1 nach den Beschlüssen des Verfassungsausschusses ist daher zu streichen.
2. Eine Ausdehnung der Reichsgewalt über die Regierungsvorlage des Artikels 14 des Entwurfs hinaus, wie abgesehen 1. für die Stellenbesetzung in der unmittelbaren Reichsverwaltung muß eine verfassungsmäßige Garantie dafür geschaffen werden, daß hinsichtlich der in den Gliedstaaten tätigen Beamten die Verfügung von Landesorganen die Regel bilden soll und Ausnahmen der Zustimmung des Gliedstaates bedürfen. Gegen die nach den Beschlüssen des Verfassungsausschusses zu erwartende Verletzung des preussischen Ueberwachungsrechtes im Reichsrate haben die unterzeichneten Regierungen schwere Bedenken.
3. Die Verfügung über eigene Einnahmequellen bildet die Voraussetzung für das wirtschaftliche und kulturelle Fortschreiten der Gliedstaaten. Die Einkommensteuer muß daher den Gliedstaaten verbleiben, wobei jedoch das Recht des Reiches, Zuschüsse für Einkommen über Hunderttausend Mark zu erheben, vorbehalten wird. Ferner muß an allen übrigen Reichsfinanzen den Gliedstaaten ein angemessener Anteil gesichert werden.
4. Die unterzeichneten Regierungen halten die unzulässige Aufstellung des Gesamtprogramms über die Einziehung des künftigen Bedarfs der öffentlichen Verbände des Reiches und der Einzelstaaten sowie der Kommunalverbände und die Einziehung von Verhandlungen hierüber sowie Abnahme des Reiches von weiteren gesetzgeberischen Maßnahmen auf dem Gebiete der direkten Steuern bis zum Abschluß dieser Verhandlungen für geboten. Sie schließen sich in dieser Richtung dem Schreiben des preussischen Finanzministers an den Reichsfinanzminister vom 18. März 1919 an.
5. Die Erhebung und Verwaltung der Zölle und Verbrauchssteuern muß den Gliedstaaten, die darauf Gewicht legen, zu belassen werden. Der Artikel 116 der Regierungsvorlage ist daher wieder herzustellen.
6. Die Aufstellung von Grundbesitz für die Zweckmäßigkeit und Erhaltung von Landes- und Kommunalabgaben an das Reich darf nur in den Schranken gestattet werden, daß Schädigungen der Einnahmen oder der auswärtigen Handelsbeziehungen des Reiches verhindert werden sowie die innerliche Verkehrsverflechtung und die steuerliche Verantwortlichkeit der eingeführten Waren gegenüber den eigenen Erzeugnissen und die Ausfuhrprämien ausgeschlossen werden.
7. Gegen den Beschluß des Verfassungsausschusses, wonach die Neubildung von Ländern aus einem Gliedstaat oder die Abtrennung von Teilen eines Gliedstaates durch einfaches Reichsgesetz auch gegen den Willen des betreffenden Gliedstaates erfolgen können, muß einbindendes Vorkaufsrecht erhoben werden.
8. Für Bayern: Hofstaatspräsident; für Baden: Reichsministerpräsident; für Hessen: Reichsministerpräsident.

## Der Generalstreik im Westen.

Zunahme der Streikenden. — Auch Krupp liegt still. — Als Mittwoch keine Notstandsarbeiten mehr. Der Reichsminister, früherer Reinerkommissioner, in Eifen drückt der „Freiheit“: Eine gestern im südlichen Siedlungsgebiet abgehaltene und angeblich von 540 legitimierten und berechtigten Vertretern der Verlegungen von 207 Schichtanlagen beschlossene Delegiertenkonferenz sprach den allen Verbänden das Recht ab, im Namen der revolutionären Bergarbeiter zu sprechen und zu verhandeln. Dazu sei allein der Reichsrat befähigt. Weiter werden die revolutionären Bergarbeiter Mitteldeutschlands und Sächsischens aufgefordert, sich mit den freiliegenden Ruhrbergwerken solidarisch zu erklären. Falls bis Mittwoch, 9. April, mittags 12 Uhr, die Forderungen der Bergarbeiter nicht reiflos bewilligt seien, seien die Notstandsarbeiten nicht mehr auszuführen. Die Konferenz spricht denn, die sich für die Regierungstruppen haben anwerben lassen, ihre tiefste Verachtung aus und beschließt, dafür Sorge zu tragen, daß diese künftighin keinem Werk angeheilt werden. Sie sollen gemieden werden wie die Pest. Nach dieser Meldung sind bis gestern nachmittag 5 Uhr 215 Schichtanlagen mit 345.000 Mann als im Generalstreik befindlich gemeldet worden. Es sei anzunehmen, daß die zum Teil noch arbeitenden 35 Zechen sich in den nächsten Tagen anschließen werden. Die Arbeiter der Kruppwerke in Essen, mehr als 10.000 Mann, haben sich dem Generalstreik angeschlossen und sich mit den Forderungen der Bergarbeiter solidarisch erklärt. Ueber den Streik bei Krupp liegt noch eine weitere Meldung vor, wonach die Arbeiter in große Erregung geraten seien, weil in den Kruppwerken einige Kräfte mit Waffen und

Munition gefunden worden seien. Die Arbeiter glauben, daß diese Waffen von den Beamten gegen die Arbeiter verwendet werden sollten. Die Firma Krupp erklärt, daß diese Waffen aus den Beständen der Kommandantur herrühren, die vor einigen Wochen auf Anordnung des Generalkommandos der Firma abgegeben wurden, weil sich von dort aus die Verladung leichter bewerkstelligen ließe. Einige Beamte, die an den Vorarbeiten für die Schaffung der Eisenerz-Beförderer beteiligt waren, hätten aus diesen Beständen mit Genehmigung des Generalkommandos, aber ohne Wissen des Direktors der Firma, 20 Gewehre und Maschinenengewehre für die Arbeiterbewegung zurückgelassen. Diese Beamten sind von ihrem Dienst dispensiert worden. Da der Streik sich auch auf die Kräfteanlagen erstreckt, liegt der gesamte Betrieb still.

## Politische Nachrichten.

### Das Chaos in Bayern.

Aus München meldet das „A. F.“: In einer sehr erregt verlaufenen Verammlung sprach Dr. Neuraith über die Sozialisation der Räte. In der hiesigen Diskussion wurde mitgeteilt, sämtliche Reichsminister hätten einmütig beschlossen, dem Landtag keinen Sitz angedeihen zu lassen. Nach Augsburg ist eine Anordnung der Räte, Reichsminister zu ernennen, um den Räten zu wirken. Von München aus werden die Reichsminister ernannt und der Deutsche Bauernbund einen gemeinsamen Aufruf zur Vorbereitung des Bürgerkrieges, falls gewisse politische und phantastischen Generalrat verhandeln sollen. Schlimmerfalls bleibe nur eine Wahl: Das von München!

### Das neue Mittel gegen Sozialisierung.

(Eigener Drahtbericht für das „Hamburger Echo“.) Das Braunschweiger Oberlandesgericht verurteilte eine Entscheidung, wonach die Braunschweiger Sozialisationsmaßnahmen als mit den bestehenden Reichsgesetzen unvereinbar und daher als unzulässig und schadenbringend bezeichnet werden. Der Landesrat und die Volkstammräte für Inneres und Arbeit werden als persönlich schadenbringend erklärt.

### Vorkämpfer Abschluß der Kölner Verhandlungen.

Die Wilsonschen Verhandlungen in Köln gelangen zu einem vorläufigen Abschluß, da die alliierte Kommission die deutschseits dargelegten Gesichtspunkte dem obersten Wirtschaftsrat berichten muß. Es ist beauftragt, kein Zweifel darüber gelassen werden, daß der Zustand, der durch das Zurechtfinden Abkommen in der gegenwärtigen Verhandlung durch Frankreich geschaffen wurde, unmöglich andauern kann, wenn die Alliierten wirklich beabsichtigen, die deutsche Rote als Ausbrennstoff für die Lebensmittellieferung an die Alliierten heranzuziehen, wenn es ihnen mit dem Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens und der Befreiung Deutschlands durch die industrielle Arbeitsmöglichkeit ernst ist. Die freie Verfügung über die links- und rechtsrheinischen Kohlenfelder und der freie Austausch zwischen den beiden Gebieten ist für uns unerlässlich. Nur wenn dies uns gesichert wird, können wir zugleich durch Kohle in Form von Export der deutschen industriellen Arbeit unsere Lebensmittel bezahlen und auch hierdurch dazu beitragen, Deutschlands inneres Leben auf einen festen Boden zu stellen.

### Die bolschewistische Niederlage im Kaukasus.

Der „Kafkas-Anzeiger“ meldet aus Baku: Aus London meldet Gaba: Die Truppen des Generals Schurov haben am 28. März bei der Einnahme von Mladinofost in Eisenbahnen die 100.000 Mann starken bolschewistischen Truppen vollständig geschlagen. Es wurden über 50.000 Mann gefangen genommen, 13 Panzerzüge, 100 Lokomotiven, 200 Geschütze, 350 Maschinengewehre wurden erbeutet.

### Die englische Regierung gegen freies Frauenwahlrecht.

W.D. London. Neuer. Das Unterhaus nahm die von der Arbeiterpartei eingebrachte Vorlage, die für die Weisung der für die Frauen geltenden Zurückstellungen eintritt, in zweiter Lesung einstimmig an. Die Vorlage hebt den Ausschluß der Frau von öffentlichen und richterlichen Ämtern auf und erkennt ihnen dieselben Rechte unter den Bedingungen wie den Männern zu. Die „Bevores“ in ihrer ersten Lesung sollen das Recht erhalten, über den Staat zu sprechen. Wilson erklärte, die Regierung werde keinen Antrag auf Abänderung des bestehenden Frauenwahlrechts annehmen und werde die Entscheidung dieser Angelegenheit der Kommission übertragen. Sie nehme indessen die in den anderen Bestimmungen der Vorlage enthaltenen Grundzüge an.

### Schretford.

Die Berliner „Freiheit“ erklärt die Wolff-Meldung über eine geplante Militärrevolte als eine Lodspielerei. Sie fragt, warum die Regierung dem die Namen der angeblich in die Sache verwickelten Mitglieder der U. S. P. nicht nenne. Der

## Im Waldwinkel.

Novelle von Theodor Storm.

[7] hatten seine Worte die Schwärze ihres Blickes gemildert und daß sie, was ihr bisher entgangen war, einen Zug beginnenden Verfalls in seinem Antlitz? — Doch schon hatte sie sein Haupt zu sich herangezogen und erwiderte ihm fast mit ihren Lippen. Dann riß sie sich los und ging rasch hinaus.

Als sie fort war, machte er sich an seinem Schreibtisch zu tun. Mit einem besonders feinsten Schiffschiffel ergriff er ein Rad des selben, in welchem er seine Wertpapiere verwahrt hielt. Er nahm aus den verschiedenen Bänden eine Schrift hervor, schlug einen weißen Bogen daraus und setzte eine Schrift darauf. Als das geschrieben war, nahm er einen zweiten, dem, worin er das Rad geöffnet hatte, völlig gleiche Schiffschiffel, hatte ihn in das Schiffschiffel und legte ihn dann neben die Vorlage auf die Tischplatte.

Der Abend war schon so weit herangebrochen, daß er alles fast im Dunkeln tat; über den Tannen drüben war schon der letzte Hauch des braunen Abenddunkels verlogen.

Als Franziska nach einer Weile mit der brennenden Lampe hergetreten war und schweigend das Zimmer wieder verlassen wollte, ergiff er ihre Hand und zog sie vor den Schreibtisch.

„Kennst Du das, Franziska?“ fragte er, indem er einige der Papiere vor ihr entfaltete.

Sie blickte scharf darauf hin. „Ich kenne es wohl“, erwiderte sie; „es ist ja gut wie Geld.“

„Es sind Staatspapiere.“

„Ja, ich weiß, ich habe bei dem Majstor einmal zu solchen ein Verzeichnis machen müssen.“

„Er zeigte dir ein Konvolut, worauf in frischer Schrift ihr Name stand, und nannte dir den Betrag, der darin enthalten war.“

„Es ist dein Eigentum“, sagte er.

„Mein, das heißt Geld?“ Sie blickte mit scharfen Augen auf das beschriebene Konvolut.

„Rechtlich nicht, Franziska“, begann er wieder. „Schon jetzt ist es dein; am allermeisten aber“ — und er veranschaulichte die junge Gestalt mit seinen Blicken — „in dem Augenblicke, wo Du selber nicht mehr mein bist. Du wirst dann völlig frei sein; Du wirst es jetzt schon sein.“

„Er sah sie an, als erwartete er von ihr eine Frage, eine Bitte um Erklärung; da sie aber schweigend lagte er in einem Tone, der wie scherzhaft klingen sollte: „Da Du jetzt eine Kapitalistin bist, so muß ich Dir auch den nötigen Eigentumsstempel einzupflanzen lassen.“

Und er nahm eine von den Zeitungen, die umherlagen, zog die Gebiete auf seinen Schoß und begann die Rubrik der Aerie mit ihr durchzugehen. Dann aber, als sie ihm aufmerksam zuzuhören sah, ludte er selbst über sein schmalmerliches Be-

mühen. „Es ist spärlich! Du und Staatspapiere, Franziska! Du hast natürlich kein Wort von allem dem verstanden!“

„Aber sie lachte nicht mit ihm; sie war von seinem Scherz herabgefallen und begann eingehende Fragen über das eben Gesagte an ihn zu richten.“

„Er sah sie verwundert an. „Du bist gefährlich klug, Franziska!“ sagte er.

„Magst Du lieben, daß ich's nicht verstehe, wenn Du mich belehrst?“

„Nein, nein; wie sollte ich? —“

„Sie wollte gehen, aber er rief sie zurück. „Verzähle den Schiffschiffel nicht!“ Und indem er sie an den Schreibtisch führte, sagte er hinzu: „Dieses Rad enthält jetzt mein und auch dein Eigentum. Möge es nie getrennt werden!“

„Sie hatte indessen eine Schur von ihrem Halse genommen, woran sie eine kleine goldene Kugel mit den Haaren einer frühverstorbenen Schwester auf der Brust trug, und war eben im Begriff, daneben auch den Schiffschiffel zu befestigen; aber ihre geschäftigen Hände wurden zurückgehalten.“

„Nein, nein, Franziska“, sagte er. „Was beginnt Du!“ — Er hatte das Konvolut zu sich herangezogen und blickte sie mit Leidenschaft an. „Lies ihn fort, weit fort! zu Deinen anderen Dingen. Was denkst Du denn! Soll ich den Kassen Schlüssel an Deinem Herzen finden?“

„Sie wurde rot. „Was Du auch gleich für Gedanken hast!“ sagte sie und streifte den Schiffschiffel in die Tasche.“

Es war in der ersten Hälfte des August. Schwül waren die Tage; trüblich in der Mauer saßen die Vögel im Walde, nur einzelne priften über das neue Hebräisch zum zweiten Mal; aber die Luft schien zu sein, die Wärme mit ihrer erquickenden Kühle. Draußen im Waldwinkel, wo vor dem Rad blühten, war auf dem Hofe in der Tiefe des offenen Brunnens Spiegelungen sich jetzt die schönsten Sterne; im Nordosten des nächsten Himmels ergoß die Milchstraße ihre breiten, leuchtenden Ströme.

Richard hatte während einiger Tage den nächsten Umkreis des Waldwinkels nicht verlassen; ein Körperleiden aus dem Nahen seiner Bekanntschaft, die nicht nur im Kopfe des Winkeladvokaten pulste, war wieder aufgetaucht und hatte wie eine lähmende Hand sich auf ihn gelegt.

Jetzt sah er, die Linde erwartend, auf einer Holzbank, welche draußen vor der Umfassungsmauer angebracht war; an seiner Seite lag sein lächelnder Hund. Er sah um sich herüber über ihm aus der blauen Himmelsferne; er mußte plötzlich seines Augenblicks gedenken. — Wo — was war Franziska zu jener Zeit gewesen? — Ein Nichts, ein schloßener Keim! — Wie lange hatte er schon gelebt! — Die Zimlerdeckung begann ein fühlbar Sand zu wehen; er hätte wohl lieber nicht in der Abendluft fort sitzen sollen.

Da schlug der Hund an und richtete sich auf. Gegenüber aus den Tannen ließen sich Schritte vernehmen, und bald erschien

die schlanke Gestalt eines Mannes, rasch auf dem Fußsteige hinab, schreitend. „Nimm, Richard, und der Hund legte sich gehoramt wieder an seine Seite.“

Der Fremde war indessen nähergekommen, und Richard erkannte einen jungen Mann in herkömmlicher Jägertracht, mit dunkeln, krauem Haar und ledigen Gesichtszügen; sehr weiche Zähne blinzelten unter seinem spitzen Jüwelenbüschel, als er jetzt, leichthin die Wägen rüderte, „guten Abend“ bot.

„Sie wünschen etwas von mir?“ jagte Richard, indem er sich erhob.

„Von Ihnen nicht, mein Herr; ich wünschte das junge Mädchen in Ihrem Hause zu sprechen.“

„Es war eine Unvorsichtigkeit des Tons in diesen Worten, die Richard das Blut in Wangen brachte. „Und was wünschen Sie von ihm?“ fragte er.

„Wir jungen Leute haben auf Sonntag einen Tanz im Schiffschiffel drüben; ich bin gekommen, um sie dazu einzuladen.“

„Der ich erkläre, wenn sie diese Ehre danken sollte? Ihre Sprache nach und Sie nicht aus dieser Gegend?“

„Ganz recht“, erwiderte in seiner unbekümmerten Weise der andere; „ich verhalte nur während der Saison die erledigte Försterei der Herrschaft.“

„Aber Sie irren sich, Herr Förster; die junge Dame, die in meinem Hause lebt, besucht nicht solche Tänze.“

„O, mein Herr, es ist die anständigste Gesellschaft!“

„Ich zweifle nicht daran.“

„Der andere schweigte einen Augenblick. „Ich möchte doch die junge Dame selber fragen!“

„Es wird nicht nötig sein!“

Richard wandte sich nach der Försterei. Da der Förster auf ihn zukam, als wollte er ihn zurückhalten, fixierte der Hund seinen mächtigen Nacken und knurte ihm drohend an.

„Remüben Sie sich nicht weiter, Herr Förster!“ sagte Richard.

Ein scharfer Blick fuhr aus den Augen des jungen Gelehrten; er sah in seinen Jüwelenbüschel, dann rüderte er, wie zuvor, leichthin die Wägen und ging, ohne ein Wort zu sagen, den Fußsteig, den er gekommen war, zurück. Auf halbem Wege wendete er sich noch einmal und warf einen Blick nach den Fenstern des Waldwinkels; bald darauf verschwand er drüben in dem schwarzen Schatten der Tannen.

— Während der Hund, wie zur Wade, noch unbehaglich an dem Rand der Wiesenwulde stand, war Richard ins Haus zurückgegangen. Als er oben, in das Wohnzimmer trat, sah er Franziska am Fenster stehen, die Stirn gegen eine der Glascheiben gedrückt; ein Stuhlstock, das sie vorher gebraucht haben mochte, hing von ihrer Hand herab.

„Franziska!“ rief er.

Sie lehnte sich, wie erschrocken, zu ihm.

„Sagst Du den jungen Menschen, Franziska?“ fragte er wieder.

„Es war derselbe, der uns in letzter Zeit ein paar mal im Oberwald begegnet ist.“

„Ja, ich bemerke es wohl.“

„Sagst Du ihn sonst gesehen?“ In Richards Stimme klang etwas, das sie früher nie darin gehört hatte.

„Ich blicke ihn fort und an.“

„Ihn denn sonst gesehen haben?“

„Nun — er war ja gut, Dich zum Tanz zu laden.“

„Ach, Tanzgen! Und ein Blick von jener Jugendzeit schob durch ihre trüben Augen.“

„Er sah sie fast erschrocken an. „Was meint Du, Franziska?“

„Ich habe ihn natürlich abgemessen.“

„Abgemessen!“ wiederholte sie tonlos, und er starrte in ihre Augen war plötzlich ganz verloren.“

„War das nicht recht, Franziska? Soll ich ihn zurückrufen?“

„Über sie wüßte nur abnehmend mit der Hand. — Ohne ihn anzusehen, doch mit jenem scharfen Klang der Stimme, der sich zum erstenmal jetzt gegen ihn wandte, fragte sie nach einer Weile: „Sagst Du je getanzt, Richard?“

„Ja, Franziska? Warum fragst Du so? — Ja, ich habe ein mal getanzt.“

„Nicht wahr, und es ist Dir eine Lust gewesen?“

„Ja, Franziska“, jagte er zögernd, „ich glaube wohl, daß ich es gern getan.“

„Und jetzt“, fuhr sie in demselben Tone fort, „siehst Du nicht mehr?“

„Nein, Franziska; wie sollte ich? Das ist vorbei. — Aber Du nimmst mich ja förmlich ins Verdacht!“ Er veruchte zu lächeln; aber als er die anstehende, handten die grauen Augen so fast ihm gegenüber. „Vorbei!“ sagte er leise zu sich selber. „Der Schauder hat er ergriffen; sie kommt nicht mehr wieder.“

„Sie sah es wohl, wie er sagte, daß sie nach einer Weile an seinem Saße hing und ihm eilig ins Ohr flüüsterte: „Bergüß! Ich habe dumme gesprochen! Ich will ja gar nicht tanzen.“

(Fortsetzung folgt.)

## Theater und Musik.

### Sammerpiele.

Heinrich Mann, der kraftvolle Epiker, ist in dem Drama „Die Schauspieler“, das unter Erich Engel's Leitung am Freitag in den Sammerpielen gegeben wurde, ein sehr schwacher Dramatiker. Seine Ungünstigkeit im Technischen wird bisweilen sogar zur Unbehaglichkeit und zur Hilflosigkeit, die lächerlich wirkt. Doch wird sich ein Dichter von der Glut und Kraft Heinrich Manns natürlich nicht ganz verleugnen. In der Problemstellung und in der Gestaltung der Charaktere erkennt